

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

| | | |
|------------------------------------|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich | | Drucksache Nr. 0081/2017 |
| Amt/Aktenzeichen 10.01/10/10.01 | Datum 16.01.2017 | TOP |

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 24.01.2017

| Beratungsfolge Gremium | Zuständigkeit | Datum | Status |
|------------------------------|---------------|------------|--------|
| Wirtschaftsausschuss | Kenntnisnahme | 21.02.2017 | Ö |
| Sozialausschuss | Kenntnisnahme | 15.03.2017 | Ö |
| Bau- und Sanierungsausschuss | Kenntnisnahme | 16.03.2017 | Ö |
| Stadtrat | Entscheidung | 29.03.2017 | Ö |

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp hier: Konzeption für eine Wohnraumversorgung

Mainz, 17. Januar 2017

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die städtischen Gremien nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. Die Anträge werden als erledigt erklärt.

Die Landeshauptstadt Mainz findet sich seit längerer Zeit auf der Rangliste der deutschen Städte mit den teuersten Mietpreisen wieder. Hinter Städten wie München, Stuttgart und Frankfurt am Main rangiert auch die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt auf einem der Spitzenplätze.

Mainz ist als Schwarm- und Wissenschaftsstadt weit davon entfernt, demografisch zu schrumpfen. Im Gegenteil: Die Einwohnerschaft und damit der Bedarf an Wohnraum nehmen kontinuierlich zu.

Mainz benötigt deswegen deutlich mehr – insbesondere bezahlbaren – Wohnraum und damit vor allem große Anstrengungen im Wohnungsneubau und eine Intensivierung des geförderten Wohnungsbaus.

Es geht hierbei um die soziale Frage des noch neuen 21. Jahrhunderts in unseren Städten.

Der Miet- sowie auch der Eigentumswohnungsmarkt müssen einen neuen Schub bekommen. Wir müssen und werden Antworten auf die Frage geben, wie wir gemeinsam Erleichterungen und Perspektiven für alle Bürgerinnen und Bürger auf unserem überhitzten Wohnungsmarkt bieten können.

Zum 1. April 2015 wurde im Büro des Oberbürgermeisters die Leitstelle Wohnen eingerichtet. Sie hat u.a. den Auftrag erhalten, die kommunalen Aufgabenstellungen zu bündeln, ein Konzept Wohnen in Mainz zu entwickeln und dessen Umsetzung zu begleiten.

Die Leitstelle Wohnen im Büro des Oberbürgermeisters hat das Konzept Wohnen in Mainz zwischenzeitlich vorgelegt. Es ist den städtischen Gremien ausführlich vorgestellt und eingehend beraten worden.

Im Konzept sind wesentliche Fragestellungen aus dem Antrag 1711/ 2012 CDU-Stadtratsfraktion und dem Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp-Stadtratsfraktion bearbeitet worden. Es handelt sich um ein dynamisches Konzept, das regelmäßig fortgeschrieben wird und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Das vorgelegte Konzept „Wohnen in Mainz“ dient Rat, Verwaltung, Bürgerschaft und speziell Akteuren auf dem Wohnungsmarkt als Orientierungsrahmen für die kommenden Jahre.

Die große Herausforderung in den bundesdeutschen Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt besteht im Erhalt und der Zurverfügungstellung von bezahlbaren bzw. geförderten Wohnungen. Die Stadt Mainz baut in Eigenregie keine Wohnungen und ist hier auf die Initiativen der Wohnungsbauunternehmen angewiesen.

Aus diesem Grund hat die Landeshauptstadt Mainz am 21.07.2015 ein Bündnis für das Wohnen gegründet. Diesem sind neben der stadtnahen Wohnungsbaugesellschaft auch private Unternehmen, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, das Land Rheinland-Pfalz und viele weitere Organisationen beigetreten.

Die Stadtverwaltung Mainz ist weiterhin auch in überregionalen Gremien, wie dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz beigetreten und arbeitet aktiv mit.

Erste neue Themen für eine Fortschreibung des Konzepts Wohnen in Mainz sind:

- ein kommunales Programm für den geförderten Wohnungsbau

- die Rolle der Wohnungsbaugenossenschaften bei der Schaffung und Erhaltung von preiswertem Wohnraum
- gestapelte Nutzungen von Gewerbe- und Wohnhäusern
- Fortschreibung von Wohnungsmarktgutachten und Wohnraumversorgungskonzept
- Maßnahmenpaket für eine aktive Bodenvorratspolitik